



PROMOTIONSKOLLEG GLOBAL SOCIAL POLICIES AND GOVERNANCE

Die Heinrich-Böll-Stiftung und die Hans-Böckler-Stiftung schreiben in Kooperation mit dem Promotionskolleg „Global Social Policies and Governance“ an der Universität Kassel insgesamt **neun Promotionsstipendien** - davon fünf seitens der Heinrich-Böll-Stiftung - mit dem Schwerpunkt

Nord-Süd-Beziehungen aus sozial-ökologischer Perspektive

aus

Ausführliches Exposé

Stand: April 2010

Inhaltliche Ziele des Kollegs

Die bisherigen nationalen als auch internationalen Antworten auf die globale Finanzkrise und den Klimawandel veranschaulichen drastisch, vor welchen enormen Herausforderungen Parteien und zivilgesellschaftliche Kräfte stehen, wenn sie Politiken des sozialen Ausgleichs oder der ökologischen Nachhaltigkeit verfolgen. Trotz der verheerenden Folgen solcher globalen Dynamiken für breite Bevölkerungsschichten kam es bisher nur zu graduellen Kursänderungen; die Bereitschaft, das globale Finanzkapital einzuhegen oder von energieintensiven Wachstumsregimen abzurücken, scheint bisher eher gering. Diese Status-quo Politik blockiert zum einen Entwicklung im Süden, da sie Ressourcenströme aus den kapitalarmen Ländern in die Finanzmetropolen des Nordens fördert; zum anderen bedroht sie über den Klimawandel die Lebensbedingungen eines großen Teils der Menschheit.

Die Dimensionen dieser aktueller Krisenphänomene – Soziales, Ökologie und Ökonomie – sind hierbei auf vielfältige Weise miteinander verwoben und lassen sich nicht mehr getrennt voneinander analysieren und bearbeiten. So zeigt sich schon heute, dass die Auswirkungen des Klimawandels im globalen wie im lokalen Maßstab bestehende soziale Verwerfungen verschärfen. Dies wird z.B. auf lokaler Ebene hinsichtlich der Bekämpfung ländlicher Armut deutlich: Armut trägt in vielen Ländern des Südens trotz ansteigender Verstädterungsprozesse ein ländliches

Gesicht. Armutsreduzierung ist hier unweigerlich mit der Frage der Verteilung von Zugangsrechten zu materiellen Ressourcen wie Boden und Wasser und zu immateriellen Gütern wie Bildung und Gesundheit verknüpft. Im Zuge der Globalisierung nehmen auch die grenzüberschreitenden Verflechtungen zu. So können beispielsweise Beschäftigte im Norden in ihrer Rolle als Konsumenten von prekären Arbeitsverhältnissen im Süden profitieren und zugleich in ihrer Rolle als Produzenten durch den Konkurrenzdruck aus Billiglohnländern gezwungen sein, eine Absenkung der Arbeitsstandards hinzunehmen. Andererseits profitieren Produktionsstandorte im Süden mitunter von hohen Umweltstandards im Norden. Dabei werden jedoch langfristige Zerstörungen der natürlichen Lebensgrundlagen und damit verbundene soziale Implikationen billigend in Kauf genommen.

Trotz des 1992 in Rio verabschiedeten Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung ist es bisher zu keiner nennenswerten Integration von Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitiken gekommen ist. Die Ursachen für die Trennung der drei Policy-Bereiche sind vielfältig und nicht alleine auf eine Dominanz von nationalen und internationalen Wirtschaftsinteressen zurückzuführen, sondern auch auf eine Engführung der sozialwissenschaftlichen Forschung, die bisher keine integrierten Konzepte entwickelt hat. Arbeiten, welche soziale, ökologische und ökonomische Prozesse als verschränkt analysieren, sind bislang eher die Ausnahme. Sollen jedoch die Chancen und Hindernisse für die Gestaltung eines international wirksamen Regelwerks in den Feldern der Sozial- und Umweltpolitik stärker ins Interesse von Forschung und Politik rücken, sind über sozial-ökologische Forschungsansätze traditionell dualistische Betrachtungsweisen aufzuheben. Gleichzeitig sind die Nord-Süd-Asymmetrien stärker in den Blick zu nehmen, denn die globalen Ungleichheiten werden über Bumerang-Effekte wie ökonomischer Wettbewerbsdruck, Migration, Sozialabbau, Klimawandel oder Ernährungskrisen für den Norden immer mehr zum direkten Problem und zunehmend zu einer zentralen Konfliktachse im internationalen System. Sozial-ökologische Forschung und die Nord-Süd-Beziehungen, also die wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen und ressourcenbezogenen Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, sollen darum weiter im Zentrum des Kollegs stehen.

Wissenschaft und Politik sind hier allerdings mit einer besonderen Schwierigkeit konfrontiert: Über die Politikmuster, soziokulturellen und sozial-ökologischen Konstellationen in den Ländern des Südens liegen in vielen Bereichen nur unzureichende Kenntnisse vor. Zusätzlich sind diese Länder auch untereinander sehr heterogen: Neben sich industrialisierende Staaten wie Südkorea treffen wir Länder wie Somalia an, die scheinbar nicht einmal über eine zentrale Staatsgewalt verfügen. Diese Vielfalt lässt – auch für zivilgesellschaftliche Akteure – bei der Analyse und Bearbeitung von Problemen die Entwicklung pluraler methodischer und theoretischer Zugänge und Strategien ratsam erscheinen. Meistens werden die Länder des Südens aber nicht in ihrer partikularen „Andersheit“ verstanden, sondern schlichtweg über OECD-Standards und -Erfahrungen gemessen und bewertet und dann nicht selten als defizitär bzw. unterentwickelt disqualifiziert. Doch ohne ein tiefer gehendes, historisch verankertes Verständnis der Besonderheiten dieser Gesellschaften wird es ebenso wenig gelingen, belastbare internationale Kooperationen wie wirksame internationale Standards zu entwickeln.

Um die formalen und informellen Mechanismen zu verstehen, die einer Anhebung von Sozial- und Umweltstandards entgegenstehen, bedarf es darum eines Analyserahmens, der lokale, (trans-) nationale oder globale Institutionen, Regelsysteme und Verhältnisse als ineinander verflochten analysiert. Wichtig sind hierbei die ebenenbezogenen Interrelationen. Denn erst unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Wandlungsprozesse lässt sich verstehen, warum sich Handlungsspielräume öffnen oder schließen und wie die Veränderung globaler Rahmenbedingungen mit lokalen Kontexten interagiert. Umwelt- und

Sozialpolitiken sind sowohl historisch und lokal eingebettet als auch zunehmend transnational verfasst. Beides fordert bestehende sozial- und politikwissenschaftliche Analyseansätze heraus. Benötigt werden darum Studien, die die lokalen Besonderheiten von Ländern und Regionen des Südens in politisch relevanten Feldern der Sozial- und Umweltpolitik erforschen und hierbei gleichzeitig Organisationsperspektiven für zivilgesellschaftliche Akteure sowohl auf der lokalen wie auf der trans- und internationalen Ebene ausloten. Darüber hinaus sind die Chancen und Blockaden für die nationale und regionale Umsetzung von Sozial- und Umweltpolitiken sowie von internationalen Standards im Süden zu prüfen.

Auch in der zweiten Förderphase ist das Kolleg als Kooperationsvorhaben zwischen der Heinrich-Böll-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung vorgesehen. Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert bis zu fünf Promotionsvorhaben in diesem Kollegverbund. Die zweite Förderphase setzt stärker einen stärkeren Akzent in der Bearbeitung sozial-ökologischer Herausforderungen. Vielfältige Synergien zwischen den thematischen Schwerpunkten Sozialpolitik und Umweltpolitik werden angestrebt. Dementsprechend sollen die von den beiden Einzelstiftungen geförderten Promotionsvorhaben so weit wie möglich neben sozialen auch ökologische Aspekte im Blick behalten. Gleiches trifft auch auf geschlechtsspezifische Aspekte zu, deren explizite Berücksichtigung auch in der zweiten Förderphase eine wichtige Konstante der Kollegscherwerpunkte sein soll.

A. Sozial- und umweltpolitische Nord-Süd-Kooperationen

Angesichts der internationalen Vernetzung von Arbeitsmärkten sowie der wachsenden transnationalen Dimensionen sozial-ökologischer Konfliktlagen suchen nichtstaatliche Organisationen in Ländern des Nordens und Südens derzeit zunehmend nach Möglichkeiten, internationale Arbeits- Sozial- und Umweltstandards sowie kollektive Verhandlungsrechte auf nationaler wie internationaler Ebene zu stärken. Gerade in jüngerer Zeit kam es zu einer Intensivierung der grenzüberschreitenden Koordinations- und Kooperationsbemühungen unterschiedlicher ziviler Akteursgruppen: So wurde durch die Restrukturierung der internationalen Gewerkschaftsbewegung und dem Zusammenschluss im neuen Dachverband ITUC (Internationale Trade Union Confederation) die internationale Kooperation und Koordination im Gewerkschaftssektor auf eine neue Basis gestellt, deren Tragfähigkeit sich nun in der Praxis bewähren muss. Ferner zeigen sich neue internationale Kooperationen im umweltpolitischen Bereich, die sich zwar bislang durch einen geringeren Institutionalisierungsgrad auszeichnen, stärker als bisher jedoch die sozialen Aspekte globaler Umweltveränderungen ins Zentrum ihrer Bemühungen stellen. Beispiele hierfür sind das im Jahr 2007 gegründete globale Netzwerk „Climate Justice Now“ oder das 2008 gegründete globale Netzwerk „GenderCC“. Jenseits „reiner“ nichtstaatlicher und nichtunternehmerischer Kooperationen finden sich zunehmend transnationale Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen, so genannte Politiknetzwerke, die das Ziel einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung fördern wollen. Beispiele hierfür sind der „Roundtable on Sustainable Biofuels“ oder der „World Water Council“, beides weltweite Zusammenschlüsse aus Produzentenorganisationen, Handelsunternehmen, entwicklungs- und umweltpolitischen Organisationen.

Innerhalb dieser neuen Kooperationsformen gewinnen regionale Zusammenschlüsse aus dem Süden an Einfluss: So lässt sich zum Beispiel in Lateinamerika eine verstärkte Tendenz zur gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kooperation auf regionaler Ebene feststellen. Mit der Gründung des lateinamerikanischen Dachverbandes Confederación Sindical de Trabajadores de las Americas (CSA) im Jahr 2008 existiert eine erste IGB-Regionalorganisation, die direkte Beziehungen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund pflegt. Hier wird seither versucht, gemeinsame Positionen zu definieren und z.B. bei Assoziationsabkommen zwischen der EU und lateinamerikanischen Staaten stärker als bisher auf die Verankerung von Sozial- und Ar-

beitsstandards zu drängen. Ähnliche regionale Kooperationen finden sich im sozial-ökologischen Bereich wie zum Beispiel die „Alianza Centroamericana para la Protección de la Biodiversidad“ oder die „Iniciativa Mesoamericana de Comercio Integración y Desarrollo (Iniciativa CID)“. Die jüngste Initiative eines alternativen Klimagipfels in Bolivien im April 2010 geht ebenfalls auf das Zusammenspiel neuer regionaler und internationaler Kooperationsformen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zurück.

Diese neueren Entwicklungen werfen verschiedene Fragen auf, die im Kolleg bearbeitet werden sollen: Mit welchen Schwierigkeiten sehen sich gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Nord-Süd-Kooperationen konfrontiert und wie können internationale Kooperationsformen optimiert werden? Welches Potenzial haben solche strategischen Partnerschaften zur Förderung von besseren Sozial- und Umweltstandards, der sozialen Integrationen und gerechteren Verteilung von sozialen und Umweltgütern sowie zur Stärkung kollektiver Verhandlungsrechte in den jeweiligen Regionen? Welche Strategien sind geeignet, die Interessen von Lohnabhängigen, Kleinbauern, Indigenen, ländlichen und städtischen Armutsgruppen in internationalen Verhandlungen um Handels-, Finanz- und Umweltregime einzubringen? Ist die ecuadorianische Yasuní-ITT-Initiative „Dschungel statt Öl“ eine neues Modell internationaler Zusammenarbeit im Feld der Rohstoffnachhaltigkeit oder ist sie nur eine weitere Akzentuierung rentenökonomischer Dynamiken?

B. Einhaltung sozial- und umweltpolitischer Standards in den Nord-Süd-Beziehungen

Im Kontext der anhaltenden Globalisierungswelle ist es zu einer zunehmenden Kodifizierung sozial- und umweltrechtlicher Standards auf internationaler und regionaler Ebene gekommen. Dabei wurde unter anderem berücksichtigt, dass mit der wachsenden Globalisierung der Arbeitsmärkte auch eine zunehmende Mobilität der Arbeitnehmer einherging; deren Rechte wurden 2003 in der „International Convention on the Protection of All Migrant Workers and Members of their Families“ festgelegt. Trotz der wachsenden Verflechtung der regionalen und internationalen Arbeitsmärkte werden Arbeitsmigrant/inn/en jedoch noch immer häufig rechtlich, ökonomisch und politisch benachteiligt, da insbesondere soziale Rechte nach wie vor an die nationalstaatliche Zugehörigkeit gebunden sind.

Über eine Analyse der rechtlichen Kodifizierung, Normendiffusion sowie der Wirksamkeit dieser für Migranten relevanten arbeits- und sozialrechtlicher Normen in verschiedenen Regionen des Südens lassen sich voraussichtlich neue Erkenntnisse zu den Umsetzungsbedingungen internationaler Sozialstandards erarbeiten. Denn während die Compliance-Forschung insbesondere im Bereich der klassischen Sicherheits- und Umweltpolitik ein bereits etabliertes Forschungsfeld darstellt, gibt es bisher nur wenige Untersuchungen, die sich auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialstandards systematisch mit der Frage von Regulierung und Regelbefolgung auseinandersetzen. Ähnliches lässt sich im Bereich der Umweltstandards beobachten: Die Durchsetzung globaler Umweltstandards wird in den vergangenen Jahren zunehmend über die Etablierung globaler Zertifizierungssysteme verfolgt. Beispiele hierfür sind der Forest Stewardship Council (FSC) und der Gold Standard. Obgleich über diese Mechanismen bei der Durchführung von energie- und klimapolitischen Projekten ökologische Mindeststandards in der Forst- und Waldbewirtschaftung etabliert werden, werfen die Standards eine Reihe von bislang ungelösten Fragen auf. Denn ihre Kriterien werden z.B. regelmäßig im Norden mit geringer und gar nicht vorhandener Unterstützung des Südens formuliert. Welche Rolle hierbei lokalen Akteuren und Wissensformen im Süden zukommt, ist weitgehend ungeklärt. Konflikte ergeben sich auch dann, wenn nationale Regierungen des Südens die Etablierung von Umweltstandards als Einmischung in ihre nationale Souveränität empfinden.

Das Compliance-Management-System der IAO wird ebenfalls kontrovers diskutiert, ist bisher aber wenig empirisch erforscht worden. Inwieweit greift der Ansatz des Management-Compliance-Systems der IAO, das über nur sehr geringe Sanktionsmöglichkeiten verfügt? Welche Möglichkeiten bestehen, die Wirkung von Sozial-, Arbeits- und Umweltnormen durch Verankerung von Sozial- und Umweltklauseln im WTO-System oder durch bilaterale Handelsverträge zu stärken? Können transnationale Konzerne im Rahmen von Corporate Social Responsibility besser in die Einhaltung internationaler Arbeits- und Umweltstandards eingebunden werden? Inwieweit greifen die integrierten Programme, die neben der Standardsetzung vor allem auf den Aufbau von Problemlösungskapazitäten setzen? Welche Möglichkeiten – und Hindernisse – bestehen, um die Rechte von Arbeitsmigrant/inn/en stärker abzusichern und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu vermeiden, die sich auch negativ auf die Arbeitsstandards in Industrieländern auswirken?

C. Ressourcen und Akteure der Sozial- und Umweltpolitik im globalen Süden

Neben internationalen Vernetzungen spielen nationale Aushandlungsprozesse eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards und kollektiver Verhandlungsrechte. Die derzeitige Globalisierungswelle hat in zahlreichen Ländern des Südens zwar auch zu einer Demokratisierung geführt, die zivilen Akteuren wie den Gewerkschaften, Kleinbauernverbänden oder Frauenorganisationen größere Handlungsfreiräume auf nationaler und lokaler Ebene gewährt. Gleichzeitig kämpfen diese Organisationen jedoch mit ungleich ungünstigeren Rahmenbedingungen als ihre Schwesterorganisationen im industrialisierten Norden: Extrem fragmentierte Arbeitsmärkte mit einem hohen Anteil an informellen Beschäftigungsverhältnissen, der oft geringe Ausbildungsgrad der Beschäftigten sowie die noch schwache Institutionalisierung von gewerkschaftlichen Organisationen machen z.B. die Durchsetzung von „Decent-Work-Standards“ und kollektiven Verhandlungsrechten ungleich schwieriger. Darüber hinaus stehen der Durchsetzung von umwelt- und sozialpolitischen Zielen auf lokaler Ebene nicht selten übergeordnete nationale wirtschaftliche Entwicklungsziele gegenüber. Aufgrund der hohen Ressourcenabhängigkeit lokaler Regierungen von nationalstaatlichen Allokationen bleiben die subnationalen Handlungsspielräume trotz formaler Dezentralisierung oft beschränkt. Anders als in den Industriestaaten, in denen dem Staat eine wichtige Rolle bei der Aushandlung von Arbeitsbeziehungen, dem Schutz kollektiver Verhandlungsrechte sowie kollektiver Gemeinschaftsgüter zukommt, nehmen staatliche Institutionen in Ländern des Südens nur selten eine Schiedsrichterrolle wahr. Zum einen mangelt es an Ressourcen und Gestaltungsmöglichkeiten, zum anderen am politischen Willen sowie der Autonomie gegenüber starken nationalen und transnationalen wirtschaftlichen Interessen.

Die Demokratisierung im Süden kann staatliche Politik aber auch zu mehr sozial- und umweltpolitischer Verantwortung zwingen und öffnet darüber neue Handlungs- und Repräsentationsräume für Gewerkschaften und andere zivile Organisationen. Doch große Teile der Arbeiterschaft sowie kleinbäuerlicher Produzenten sind nicht in die formale Ökonomie eingebunden und verfügen über keine formalen Organisationsstrukturen, politischen Repräsentationen oder sozialen Machtpotenziale, um eigene Anspruchsrechte in politische Aushandlungen einzubringen, geschweige denn durchzusetzen. Aus diesem Grund bedarf es neben der Formalisierung von Beschäftigungsverhältnissen Strategien, die Interessenvertretung für zum Beispiel prekäre „self employed“ Arbeiter in den Megastädten, relativ rechtlose Landarbeiter sowie marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Subsistenzbauern und indigene Bevölkerungsgruppen zu stärken.

Aufgrund des Überangebots an Arbeitskraft und dem meist geringem Ausbildungsstand fehlt es den Beschäftigten in der städtischen und ländlichen informellen Ökonomie an Marktmacht. Und aufgrund der weiterhin hohen Rohstoffabhängigkeit nationaler Ökonomien des Südens mangelt es der ländlichen Armutsbevölkerung, die in weiten Teilen des Südens die Mehrheitsbevölke-

rung ausmacht, an Handlungs- und Gestaltungsmacht, um die eigenen Nutzungsansprüche an natürlichen Ressourcen gegenüber nationalen und privatwirtschaftlichen Interessen an materiell-stofflichen Gütern durchzusetzen. Organisationen wie die Indiens Self Employed Women's Association (SEWA) zeigen jedoch einerseits, dass die Menschen in der informellen Ökonomie durchaus organisierbar sind. Andererseits weisen internationale Initiativen wie das Netzwerk „La Via Campesina“ auf Alternativen in der Ressourcennutzung, -verteilung und -kontrolle sowie der Ernährungssicherung hin, ohne gleichzeitig ein zurück in ein vorindustrielles Zeitalter zu fordern.

Was sind die Erfolgsbedingungen solcher Initiativen und inwiefern sind sie in andere gesellschaftliche Kontexte übertragbar? Wie kann fehlende Marktmacht und politische Repräsentation durch solidarisches Handeln kompensiert werden? Welche Möglichkeiten gibt es, Arbeitsverhältnisse in der informellen Ökonomie auf eine rechtliche Basis zu stellen und die Menschen, die in Klein- bzw. Familienbetrieben arbeiten, in soziale Sicherungssysteme einzubeziehen? Welche Strategien existieren, um über eine veränderte Ressourcenpolitik die sozialen Bedingungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu verbessern? Über welche institutionellen Regelwerke lassen sich Zugangsbedingungen zu natürlichen Ressourcen so gestalten, dass sie den Anspruchsrechten der Mehrheitsbevölkerung an menschliche Sicherheit sowie den sich wandelnden globalen Umweltbedingungen gerecht werden und gleichzeitig den nachhaltigen Schutz dieser Ressourcen garantieren?

D. Umwelt- und Sozialpolitik in den Ländern des Südens

Zur Erhöhung der Handlungsfähigkeit kollektiver Vertretungsinstanzen im Süden sind genaue Kenntnisse über das jeweilige Umfeld erforderlich. Deshalb müssen die dortigen Wandlungsprozesse in den sozialen und politischen Beziehungen, im Verhältnis zwischen lokaler und nationalstaatlicher Ebene sowie die Akteure und Institutionen, die diese Prozesse tragen bzw. vorantreiben, präzise untersucht werden. Dabei beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass soziale Beziehungen auf der einen Seite und Nutzungsformen natürlicher Ressourcen auf der anderen Seite nicht nur vom allgemeinen ökonomischen Entwicklungsmodell bzw. der Art der Weltmarkteinbettung geprägt werden, sondern gleichzeitig auch immer Teil eines historisch verfassten Mixes von Sozial-, Ressourcen- und Verteilungspolitiken sind. Veränderungen auf den Arbeitsmärkten im Süden sowie die damit zusammenhängenden Transformationen der Arbeitsbeziehungen können daher nicht losgelöst von den allgemeinen lokalen (sozial-, umwelt- und wirtschafts-) politischen Rahmenbedingungen betrachtet werden. Ebenso wenig kann die soziale Dimension globaler Umweltveränderungen außerhalb der kontextspezifischen, formal und informell institutionalisierten Nutzungsformen von natürlichen Ressourcen, in die immer auch soziale Verhältnisse eingeschrieben sind, analysiert werden.

Eine solche Perspektive geht davon aus, dass sich Wirtschaftsformen und Aneignungsstrategien von natürlichen Ressourcen außerhalb der OECD-Welt nicht unbedingt analog zu europäischen Modellen entwickelt haben. Vielmehr ist anzunehmen, dass in Ländern des Südens andere institutionelle Ausprägungen der Koordination das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Staat sowie zwischen lokalen Nutzergruppen von natürlichen Ressourcen, nationalen Wirtschaftseliten, externen Akteuren (transnationale Unternehmen, internationale Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit) und dem Staat bestimmen als in den Ländern des Nordens.

Deshalb ist es notwendig, die Wohlfahrtsregime in Ländern des Südens genauer zu untersuchen: Arbeitsmärkte und -beziehungen sollten nicht mehr isoliert betrachtet werden, sondern im Gesamtzusammenhang mit den Charakteristika der jeweiligen Produktionssysteme, deren (wohlfahrts-) staatlicher Einbettung sowie deren politischer Regime. In diesem Kontext soll zusätzlich auf Erkenntnisse aus der jüngeren Forschung zu Spielarten des Kapitalismus und peripherer Wohlfahrtsstaatlichkeit zurückgegriffen werden, die erste Hinweise auf nachhaltige und

sozial gerechte Produktions- und Verteilungsmechanismen enthalten. Wirtschaftliche Entwicklungsmodelle basieren aber in vielen Ländern des Südens auf Rohstoffexporten, was wiederum Rückwirkungen auf sozialpolitische Maßnahmen hat. Dies zeigt sich etwa in Ländern Lateinamerikas, in denen in den vergangenen Jahren neue sozialpolitische Programme auf der Grundlage der Erlöse aus Rohstoffexporten etabliert wurden. Hierüber konnte teilweise eine verbesserte soziale Integration der Armutsbevölkerung erreicht werden. Allerdings ist die Kopplung sozialpolitischer Programme an Rohstoffexporte auf lokaler Ebene nicht selten mit sozial-ökologischen Konflikten verbunden. Dies zeigt sich etwa an einer ungleichen Landverteilung, an der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen durch (agrar-)industrielle Produktions- und Extraktionsweisen sowie an einer widersprüchlichen Absenkung von Arbeitsstandards im Agrar- oder Bergbausektor. Die Analyse der Wohlfahrtsregime im Süden muss vor diesem Hintergrund eine Analyse derjenigen Institutionen beinhalten, welche die Nutzung natürlicher Ressourcen sowie die Arbeitsverhältnisse regulieren.

Über einen solchen Ansatz kann die bestehende Wohlfahrtsregimeforschung über die OECD-Welt hinaus relevant werden. Denn im Gegensatz zur gut etablierten Forschung zu transatlantischen Wohlfahrtsstaaten liegen bisher keine systematischen und umfassenden Erkenntnisse zu Arbeits- und Wohlfahrtsregimen in den Ländern des Südens vor. Ebenso wenig findet die Tatsache Berücksichtigung, dass nationalstaatliche sozialpolitische Maßnahmen nicht unbedingt ökologisch neutral sind, ebenso wie umweltpolitische Maßnahmen und Umweltveränderungen sozial neutral sind. Über die Genese, Entwicklungspfade und Adaptationsfähigkeiten nicht-westlicher Arbeitsmärkte und Wohlfahrtsregime ist bisher erstaunlich wenig bekannt. Neue Kenntnisse in diese Richtung sind besonders für gewerkschaftliches als auch für zivilgesellschaftliches Handeln interessant: Denn Strategien zur Durchsetzung internationaler arbeitsrechtlicher, sozialer und umweltbezogener Standards sowie die Etablierung kollektiver Verhandlungsrechte sind vor allem dann erfolgreich, wenn sie in die spezifischen lokalen Ökonomien und ihre jeweiligen Wohlfahrtsregimes eingebettet werden. Wichtige Fragen sind hier, welche sozialpolitische Steuerungsmöglichkeiten Ländern des Südens angesichts der verstärkten Einbindung in die Waren-, Arbeits- und Kapitalmärkte bleiben; welcher Mix an sozialpolitischen Maßnahmen (im Bildungs-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- sowie Sozialversicherungsbereich) zu einer langfristigen Umverteilung von Teilhabechancen führen kann bzw. was diese blockiert; oder welche Möglichkeiten es gibt, die enge Steuerbasis in Ländern des Südens durch die Besteuerung von Vermögen und oberer Einkommen zu erweitern. Hieran schließt sich die Frage an, wie sich bestehende sozialpolitische Programme vor dem Hintergrund Umweltkonflikte wandeln. Zu fragen ist auch, welche sozial-ökologischen Konfliktlagen wohlfahrtstaatliche Maßnahmen hervorrufen und welche Rolle hinsichtlich der Regulierung dieser Konfliktlagen gewerkschaftliche Organisationen spielen können. Letztlich ist zu klären, wie nationale Wohlfahrtsregime gestaltet werden können, die sowohl soziale Integration als auch eine gerechte Verteilung von Umweltgütern sowie deren Schutz garantieren.

Prinzipiell geht es in der zweiten Förderrunde des Kollegs also um zwei Dimensionen: Zum einen sollen die konkreten Bedingungen für sozial- und umweltpolitisches Handeln in den Ländern und Regionen des Südens besser analysiert und verstanden werden. Zum anderen soll besonders mit Blick auf die Governance-Dimension geprüft werden, ob und wie über internationale Steuerung im Bereich der Sozial- und Umweltpolitik die Rückwirkungen des weltgesellschaftlichen Strukturwandels und der hiermit verknüpften globalen Umweltveränderungen auf die OECD und die Länder des Südens interdependent behandelt werden können. Wichtige Leitfragen sind dabei, welche lokalen und globalen Faktoren soziale und ökologische Ausprägungen von Gesellschaften positiv bzw. negativ beeinflussen; wie die Übertragung sozial- und umweltpolitischer Handlungskompetenzen auf internationale und lokale Organisationen verläuft; ob hierbei eine Stärkung von politischer Autonomie stattfindet; ob und wie zivilgesellschaftliche

Gruppen Politiken wirksam beeinflussen können und wie Menschen aus Süd-Ländern Kenntnisse über diese Prozesse in ihrem Sinne einsetzen könnten.

Somit will das Kolleg analytische Kategorien und möglicherweise interdisziplinäre Aspekte herausarbeiten, die neue wissenschaftliche Zugänge und das Verständnis von arbeits- und sozialpolitischer sowie ökologischer Governance befördern – und damit auf den bisherigen wissenschaftlichen Kenntnisstand rückwirken. Wesentlich stärker als in der bisherigen Forschung – aber eben nicht ausschließlich – sind hierbei die partikularen Bedingungen, spezifischen Interessenlagen und vorhandenen Akteurskonstellationen in den Ländern des Südens in ihrer Vielfalt zu berücksichtigen.

Forschungsprofil der beteiligten Hochschullehrer/innen

Bei den kooperierenden Professorinnen und Professoren handelt es sich mehrheitlich um die gleichen Personen wie bei der ersten Förderphase. Abgesehen davon, dass sie zu einem oder mehreren der genannten Schwerpunkte bereits über entsprechende Fachkompetenzen verfügen, konnten sie ihre Kenntnisse während der ersten Kollegphase weiter vertiefen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt, Politikwissenschaftler, Volkswirt und Soziologe ist Professor für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen der Universität Kassel und Direktor des International Center for Development and Decent Work. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Internationalen Politik mit Schwerpunkt Nord-Süd-Beziehungen, der Sozialpolitikforschung außerhalb der OECD sowie bei Fragen von Demokratie und gesellschaftlicher Teilhabe. Seine neueren Studien und Veröffentlichungen handeln über transnationale Sozial- und Umweltpolitik sowie über die Nord-Süd-Beziehungen im 21. Jahrhundert.

Prof. Dr. Andreas Hänlein ist Professor für Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht. Seine Forschungsinteressen liegen im deutschen, europäischen und internationalen Arbeits- und Sozialrecht; er hat sich in Lehre und Forschung mit internationalen Sozialstandards insbesondere der IAO beschäftigt. Er ist Mitglied des International Center for Decent Work and Development; in diesem Zusammenhang arbeitet er an einer Studie über internationale Sozialstandards mit Relevanz für die Arbeitsbedingungen in ländlichen Regionen des globalen Südens.

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Soziologin, ist Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik und geschäftsführende Direktorin des Institute for International Political Economy Berlin (IPE Berlin) an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die ökonomischen, sozialen und politischen Dimensionen der Globalisierung, die Politische Ökonomie der europäischen Integration und die Rolle von Gewerkschaften in gesellschaftlichen Transformationsprozessen insbesondere im Kontext der informellen Ökonomie. Ihr letztes größeres Forschungsprojekt zu „Privatisation and the European Social Model“ (PRESOM) war eine im 6. Rahmenprogramm der EU Kommission finanzierte Coordination Action zu „Citizens and Governance in a knowledge-based society“, an der Wissenschaftler aus 12 EU-Staaten beteiligt waren.

Prof. Dr. Christoph Scherrer, Volkswirt und Politologe, ist Professor für Globalisierung & Politik und geschäftsführender Direktor des International Center for Development and Decent Work. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie, insbesondere die Steuerung des Weltmarkts im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Entsprechend liegen Studien vor zu Sozialklauseln, zum Dienstleistungshandelsregime und zur Finanzmarktregulierung. Er ist Preisträger „Exzellenz in der Lehre“ des Landes Hessen 2007

und Mitglied des Steering Committee der Global Labour University, die auf vier Kontinenten Gewerkschafter auf Masterniveau politikwissenschaftlich und ökonomisch ausbildet.

Prof. Dr. Wolfgang Sachs, Soziologe und Theologe, ist Honorarprofessor an der Universität Kassel und Leiter des Berlin Büros des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Seine Forschungsinteressen richten sich auf die Probleme des Übergangs zu nachhaltigen Ökonomien in Nord und Süd, insbesondere die sozialen, politischen und kulturellen Voraussetzungen und Implikationen zukunftsfähiger Wohlstandsmodelle. Seine Arbeiten der letzten Jahre galten dem Zusammenhang von Ressourcenkrise und globaler Gerechtigkeit sowie den Perspektiven für einen Zivilisationswandel in Industrieländern wie Deutschland. Von 2004 bis 2009 leitete er das Promotionskolleg der Heinrich-Böll-Stiftung am Wuppertal Institut mit dem Titel „Ökologie und Fairness in Welthandelsregimen“.

Zusätzlich kann das Kolleg bei arbeitswissenschaftlichen, sozialen, ökologischen, genderspezifischen und migrationspolitischen Fragestellungen und Schwerpunktsetzungen von einem in Kassel bestehendem besonderen intellektuellen Umfeld profitieren. Weitere Spezialisten können bei Bedarf für Beratungen oder Betreuungsunterstützungen assoziiert werden.

Promotionsbegleitendes Studienprogramm

Das promotionsbegleitende Studienprogramm der zweiten Förderphase orientiert sich an den Erfahrungen der ersten Förderphase und an den Ergebnissen der Kollegevaluierungen. Erfreulicherweise kann dabei auf nennenswerte Kontinuitäten gesetzt werden: In Bezug auf Internationalisierung, eigener Profilentwicklung innerhalb der eigenen und bundesweiten Universitätsstrukturen, Durchführung eigener Veranstaltungen und Ringvorlesungen, aktuelle Internetpräsentation für eine professionelle Außendarstellung, Mitbestimmung und Einbindung der Kollegiat/inn/en in Organisation und Studienprogramm, Schwerpunktsetzungen bei Veranstaltungen zu Methoden (50 Prozent), Förderung des interdisziplinären Austausches, Unterstützung bei der Durchführung von Forschungsaufenthalten, einen engen und stetigen Kontakt zwischen Betreuern und Promovierenden sowie die institutionelle Einbindung in die Graduiertenschule des Fachbereichs kann das Kolleg bereits an erfolgreichen Initiativen und Maßnahmen bezüglich einer qualitativ anspruchsvollen Promotionsausbildung und entsprechend positiven Erfahrungen anknüpfen.

Das begleitende Studienprogramm will auch weiterhin eine *interdisziplinäre Bearbeitung* der im Forschungsfeld genannten Fragestellungen befördern; die am Kolleg beteiligten Professor/innen repräsentieren dementsprechend unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen und arbeiten mit verschiedenen theoretischen Ansätzen. Schwerpunkte liegen hierbei in der Politik, Wirtschaft, Entwicklungstheorie, Umweltpolitik, Soziologie, Recht und Kultur; falls die Bearbeitung spezifischer Problemfelder es ratsam macht, sollen weitere Disziplinen hinzugezogen werden. Ein wichtiges Ziel des Begleitprogramms ist es dabei, zwischen den einzelnen Disziplinen Vermittlungsleistungen durchzuführen, die ein gemeinsames Verstehen und Kommunizieren erleichtern. Das Angebot verbindlicher *Lernmodule* für alle Kollegiaten und Kollegiatinnen während der ersten zwei Semester hat sich bewährt.

Überblicke und Vertiefungen in die *Methoden wissenschaftlichen Arbeitens* sollen ebenfalls wieder einen entscheidenden Anteil des Begleitprogramms ausmachen. In einzelnen Workshops werden dazu die Kenntnisse spezifischer Methoden vertieft, z.B. Netzwerkanalyse, qualitative und quantitative Methoden der Komparatistik, Diskursanalyse etc. Zusätzlich sind Angebote zur Förderung von Kernkompetenzen wie Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse, Präsentati-

onstechniken, interkulturelles Lernen etc. vorgesehen. Hierzu gehören auch Lehrangebote in den Fremdsprachen Englisch und ggf. Spanisch.

Um während des gesamten Kollegsverlaufs einen produktiven *Arbeitszusammenhang* zu garantieren, werden von den Betreuern *Lesezirkel* gefördert und regelmäßig *feed back Module* durchgeführt, auf denen der jeweilige Stand der Dissertation vorzutragen und zu diskutieren ist. Die *feed back Module* fungieren als ein inhaltliches Evaluierungskriterium, welches den Promovierenden hilft, mögliche methodische oder theoretische Schwierigkeiten in einem größeren Arbeitskontext zu überwinden. In mehreren, auf die Laufzeit des Kollegs verteilte *Blockseminare* soll zusätzlich auf die spezifischen inhaltlichen Interessen der Promovierenden eingegangen werden.

Die Universität Kassel bietet ein umfangreiches Programm zu didaktischen Trainings an, welches von den Kollegiatinnen und Kollegiaten genutzt werden kann. Auf dieser Grundlage werden sie zur besseren *Verknüpfung von Lehre und Forschung* ab dem dritten Semester angehalten, in Lehrveranstaltungen zu assistieren und sollen letztendlich auch eigene Lehrerfahrungen sammeln, insbesondere in den Masterprogrammen des Fachbereichs. Voraussetzung ist hier ein inhaltlicher enger Bezug zu den jeweils eigenen Forschungsvorhaben; in der Regel sollen die Kollegiat/inn/en während der Förderzeit eine Lehrveranstaltung selbstständig durchführen.

Zur engeren *Verknüpfung von Praxis und Forschung* und als berufsorientierende Maßnahme wird den Kollegiat/inn/en ab dem dritten Semester angeraten, ein Forschungspraktikum z.B. bei einer internationalen Organisation zu absolvieren, sofern diese zu den Schwerpunkten des Dissertationsthemas tätig sind. Hier könnten sich beispielsweise auch die Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung anbieten. So wird der Promotionsphase neben einer empirischen gleichzeitig eine praxisorientierte Komponente hinzugefügt, die sich in der Dissertation z.B. durch die Erarbeitung abschließender Handlungsanleitungen reflektieren kann.

Darüber hinaus sollen die Kollegiatinnen und Kollegiaten während der Förderphase an der Konzeption und Durchführung von ein bis zwei öffentlichen Veranstaltungen zu Themenschwerpunkten des Kollegs beteiligt werden. Hierbei ist sowohl eine Einbindung der Promovierenden in die Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen mit analogen Arbeitsschwerpunkten als auch die Planung von kleineren Tagungen möglich, bei denen die Kollegiat/inn/en ihre bisherigen Erkenntnisse in einem breiteren politischen und wissenschaftlichen Kontext diskutieren. Dazu sollen auch Einladungen und Informationen zu Veranstaltungen der beiden fördernden Stiftungen zählen, die für die Kollegiat/inn/en von Interesse sind.

Das Studienprogramm des Kollegs wird zusätzlich mit dem generellen *wissenschaftlichen Begleitprogramm* des Fachbereichs verkoppelt, welches sich aus *Gastaufenthalten* ausländischer Wissenschaftler, *Workshops und Seminaren* etc. zusammensetzt und somit einen regelmäßigen Austausch der Arbeitsergebnisse der Kollegiat/inn/en mit der internationalen *scientific community* erlaubt.

Inhaltliche und institutionelle Einbettung in die Hochschulstrukturen Kassels

Das Kolleg GSP&G strebt auch in der zweiten Förderphase an, das bereits entwickelte inneruniversitäre Profil weiter zu stärken: Es versteht sich einerseits als ein selbstständiges wissenschaftliches Nachwuchs-Förderprogramm mit einem eigenständigen thematischen Forschungsschwerpunkt, der für Wissenschaft und Politik bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal darstellt.

Auf dieser Grundlage engagiert sich das Kolleg andererseits für eine intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Lehrstühlen und Studiengängen und insbesondere mit anderen Graduierten-

initiativen des Fachbereichs und der Universität Kassel. Das Kolleg versucht darüber – bisher recht erfolgreich – zahlreiche Synergien für die inneruniversitäre Struktur im Allgemeinen sowie die Graduiertenausbildung im Besonderen zu erreichen.

Ein wichtiger Kooperationspartner ist das Kasseler Internationales Graduiertenzentrum Gesellschaftswissenschaften (KIGG). Es bietet zum einen eine Plattform zum Informationsaustausch aller Promovierenden am Fachbereich und organisiert regelmäßige Veranstaltungen zum gegenseitigen Kennenlernen und den interdisziplinären Austausch über die Dissertationsprojekte. Die Doktoranden des Kollegs sind auf diese Weise in ein größeres Netzwerk aus Promovierenden am Fachbereich eingebunden.

Eine ebenfalls gute Zusammenarbeit gibt es mit den englischsprachigen MA-Studienangeboten *Labour Policies and Globalisation* und *Global Political Economy*, die mit international ausgelegten Lehr- und Betreuungsangeboten ein anregendes internationales Umfeld für Graduierte anbieten, von denen die Kollegiat/inn/en wissenschaftlich und privat profitieren können. Die Hochschulpartnerschaften des Fachbereichs nach Caracas in Venezuela, Santiago de Chile in Chile, Campinas in Brasilien, Johannesburg in Südafrika, Mumbai in Indien und Newark in den USA stehen den Kollegiaten ebenfalls offen.

Zusätzlich wird die Teilnahme der Kollegiatinnen und Kollegiaten an Konferenzen gefördert, die zu dem spezifischen Forschungsfeld des Kollegs arbeiten. Über die Beteiligung der Fachgruppe Politik am EU-Exzellenznetzwerk „GARNET - Global Governance, Regionalisation and Regulation: The Role of the EU“ bestehen weitere Möglichkeiten für Aufenthalte an wissenschaftlich interessanten Instituten in Europa.

Von besonderer Bedeutung für die zweite Förderphase wird für das Kolleg die Kooperation mit dem seit September 2009 bestehenden, vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geförderten *International Center for Development and Decent Work* (ICDD) in Kassel sein. Neben der Universität Kassel gehören diesem Forschungs- und Lehrverbund die Universitäten Egerton in Kenia, Faisalabad in Pakistan, TISS in Indien, UADY in Mexiko, Unicamp in Brasilien und Witwatersrand in Südafrika an. Da Prof. Dr. Christoph Scherrer als geschäftsführender Direktor fungiert und Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt dem Direktorium des ICDD am Standort Kassel angehört, besteht auf personeller Ebene bereits eine Verbindung zum Promotionskolleg GSP&G. Zusätzlich ergeben sich inhaltliche Überschneidungen, da sich das Zentrum neben agrarökologischen Themen auch mit Fragen menschenwürdiger Arbeit sowie mit Nachhaltigkeit und Sozial- und Umweltpolitik in Entwicklungsländern befasst. Ein Eckpfeiler der Kooperation soll die zum ICDD gehörende Graduate School für Development and Socio-Ecological Research sein, in der an den verschiedenen Universitätsstandorten bis zu 40 Doktoranden aus Entwicklungsländern in den Fächern Ökologische Agrarwissenschaft, Ökonomie, Politikologie und Soziologie promovieren.

Hier ergeben sich exzellente Perspektiven für einen intensiven internationalen und interdisziplinären Austausch mit zahlreichen Gastdozenten, Forschern und internationalen Doktoranden sowie für eine Netzwerkbildung mit Personen und Institutionen, die zu ähnlichen Themen bzw. regionalen Schwerpunkten arbeiten. Gleichzeitig können bei Bedarf Teile des begleitenden Studienprogramms komplementär entwickelt werden bzw. sich ergänzen, wodurch sich das Programm- und Betreuungsangebot für die Kollegiatinnen und Kollegiaten (z.B. durch Seminare und Workshops zu spezifischen Theorie- und Methodenangeboten) deutlich erhöht. Das weltweite Netzwerk des ICDD kann auch von den Doktoranden des GSP&G Kollegs für Feldforschungs- bzw. Gastforschungsaufenthalte genutzt werden. Mitglieder des Netzwerks stehen darüber hinaus bei der Durchführung von Feldforschungsaufenthalten beratend zur Verfügung.

Präsenzpflcht der Promovierenden

Das Kolleg hat in seiner ersten Studienphase sehr gute Erfahrungen mit der *Präsenzpflcht* in Kassel gemacht; sie hat zu einer deutlichen Erhöhung der Präsenz sowie der kolleginternen Kommunikation und Debatten geführt.

Der Campus der Universität Kassel verfügt außerdem mit seiner besonderen Architektur und seinen vielfältigen Beratungs- und Betreuungsangeboten wie z.B. eine zentral gelegene, IT-modernisierte Präsenzbibliothek mit Arbeitsplätzen und einer Kindertagesstätte auf dem Gelände über eine exzellente Infrastruktur, die es den Kollegiat/inn/en zusätzlich erleichtert, sich in den universitären Betrieb ohne größere Schwierigkeiten zu integrieren. Günstige Mieten und geringe Lebenshaltungskosten erleichtern die gewünschte Präsenzpflcht.

Die *Präsenzpflcht* soll deshalb auch in der zweiten Kollegphase beibehalten werden.

Systematische Beratung der einzelnen Promovierenden

Um den Kollegiatinnen und Kollegiaten neben dem Kollegangebot eine systematische individuelle Betreuung zu garantieren, haben die Kollegiat/inn/en mit den Betreuern zu Kollegbeginn einen klar strukturierten Arbeits-, Zeit- und Studienplan zu erarbeiten, der die eigene Orientierung, die Bewältigung der zu erfüllenden Anforderungen sowie eine regelmäßige Selbst- und Außenkontrolle erleichtert. Hierbei werden mit jedem der Kollegiatinnen und Kollegiaten zeitlich fixierte Zielvorgaben vereinbart, über die ggf. auftauchende Probleme relativ früh identifiziert werden können und die so eine bedarfsgerechte Betreuung besser garantieren.

Der individuelle Leistungsstand in Bezug auf diese Zielvereinbarungen wird regelmäßig mit der/dem Betreuer/in und bei Bedarf einer weiteren Lehrperson besprochen: Zentrale Kriterien sind hierbei nach dem ersten Jahr der theoretische Zugang und die Methoden; nach dem zweiten Jahr der Abschluss der Archiv-/Feldforschung (Auslandsaufenthalt) einschließlich einer ersten verschriftlichten Fassung des empirischen Teils und nach einem weiteren halben Jahr die rohe Endfassung der Arbeit.

Ebenfalls zu berücksichtigende Kriterien bei der individuellen Betreuung der Kollegiatinnen und Kollegiaten sind: Zügige Bearbeitung der Dissertation, Zufriedenheit mit der Betreuung, Veröffentlichungen während des Kollegs sowie eine Wahrnehmung des Begleitprogramms sowohl des Promotionskollegs als auch bezogen auf die Veranstaltungsprogramme für Stipendiat/inn/en der kooperierenden Stiftungen. Es wird außerdem darauf geachtet, dass den Promovierenden früh der Kontakt zu Kolleg/inn/en der beteiligten Fachgebiete bzw. des Fachbereichs vermittelt wird, die spezifische Hilfestellungen bei den Promotionsprojekten geben können. Dies geschieht vor allem bei methodischen Fragen und Problemen, die etwa bei qualitativen Erhebungsmethoden, vergleichendem Forschungsdesign oder diskursanalytischen Vorgehensweisen auftreten können. In solchen Fällen erhielten die Kollegiat/inn/en auch in der Vergangenheit zusätzliche Unterstützung von Kollegen, die besondere Expertise auf diesen Gebieten inne haben.

Kollegbeginn

Der neue Kollegbeginn wird für **April 2011** avisiert; die Bewerbungsfrist für Stipendien bei der Heinrich-Böll-Stiftung ist der 1. September 2010.

Leistungen der Universität Kassel

Die Universität Kassel stellt ab Kollegbeginn für drei Jahre *eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle* zur Betreuung der Kollegiat/inn/en, zur Koordinierung der beteiligten Fachgebiete und Forschungspraktika sowie zur Entwicklung und Durchführung eines Begleitprogramms bereit.

Weiterhin stellt die Universitätsleitung für den Zeitraum der Weiterförderung die bisherigen *Kollegräume* uneingeschränkt zur Verfügung. Das Promotionskolleg GSP&G verfügt über eine *eigene Büroetage* in unmittelbarer Nähe zum Universitätscampus. In sechs Büros stehen 13 Arbeitsplätze zur Verfügung, ein weiteres Büro mit zwei Arbeitsplätzen wird momentan vom Kollegkoordinator und von anwesenden Gastdoktoranden bzw. -dozenten genutzt. Alle Büros verfügen über einen eigenen Telefonanschluß sowie Internetzugang, im Koordinationsbüro steht zusätzlich ein Computer mit netzwerkfähigem Drucker zur Verfügung. Zum Kolleg gehören außerdem zwei Seminarräume, in denen Veranstaltungen mit bis zu 30 bzw. 15 Personen stattfinden können. Schließlich befindet sich im Kolleg ein großer Sozialraum mit integrierter Küchenzeile, für den die Kollegiat/inn/en gemeinsam verantwortlich sind, rege genutzt wird und die Funktion eines „Dorfbrunnens“ erfüllt.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt